

Die Lektion des Zaren

Wie ergeht es Führern von Imperien, die abrupt
die Seiten wechseln? Aus der Geschichte
von Peter III. könnte Trump einiges lernen.

Von Martin Schulze Wessel

Nie dagewesen erscheint der Seitenwechsel, den Trump binnen kürzester Zeit weg vom Verbündeten Ukraine, hin zum bisherigen Gegner Russland vorgenommen hat. Doch hat es in der Geschichte der internationalen Beziehungen wiederholt unerwartete, neue Konstellationen gegeben. In der Mitte des 18. Jahrhunderts kam es im europäischen Staatensystem zu einer grundlegenden Wende, einem *renversement des alliances*, als die beiden Führungsmächte Frankreich und das Habsburgerreich, zuvor über Jahrhunderte verfeindet, überraschend ein Bündnis schlossen. Auf dieser Grundlage führten sie zusammen mit Russland einen Krieg gegen Preußen und die Briten, der als Siebenjähriger Krieg in die Geschichte einging.

Besonders aufschreiend dabei die Rolle Russlands. Das Zarenreich wurde um die Mitte des 18. Jahrhunderts, in der Zeit zwischen den „großen“ Herrschern Peter I. und Katharina II., von den Zarininnen Anna und Elisabeth regiert, denen keine Eigenständigkeit in der Außenpolitik zugestanden wurde. Russland war schon damals militärisch stark, erschien aber führungslos.

In den Augen der europäischen Diplomatie war Russland deshalb ein permanenter Kandidat für einen Seitenwechsel. Vor allem London und Paris konkurrierten in dem Bestreben, Sankt Petersburg auf ihre Seite zu ziehen, indem sie Unterstützungszahlungen versprochen, sogenannte Subsidien, und russische Diplomaten bestachen. Doch unter der Oberfläche hatte sich im Zarenreich zu diesem Zeitpunkt bereits eine Vorstellung von den eigenen Zielen und Strategien herausgebildet. Um die Mitte des 18. Jahrhunderts verfügte Russland über eine umfassende Doktrin, hatte eine feste Vorstellung von den eigenen imperialen Sphären und Geltungsansprüchen im europäischen Staatensystem. Man nahm von den fremden Staaten die Subsidien und Bestechungsgelder, folgte aber einer eigenen Linie.

Ein Kernziel der russischen Außenpolitik um die Mitte des 18. Jahrhunderts war es, Preußen wieder in das eigene Bündnisssystem zurückzuzwingen, nachdem Friedrich II. Russlands Verbündeten Österreich überfallen und Schlesien annektiert hatte. Die Machtverhältnisse in einer Region wiederherzustellen, die Sankt Petersburg als sein „Vorfeld“ betrachtete, war über zwei Jahrzehnte hartnäckig verfolgtes Ziel der russischen Politik. Im Siebenjährigen Krieg hatte Russland dieses Ziel de facto erreicht: Preußen war vernichtend geschlagen, Berlin vorübergehend von russischen Truppen besetzt und Ostpreußen förmlich annektiert.

Ein „mad king“ hatte die Unabhängigkeit der russischen Politik verkauft

In dieser Situation kam es zu einem Seitenwechsel, dessen Umstände sich von Trumps Wende in vieler Hinsicht unterscheiden, und doch gibt es Ähnlichkeiten. In Russland verstarb die Zarin Elisabeth, auf den Thron gelangte im Januar 1762 ihr Neffe, der Herzog von Holstein-Gottorf. Als Zar Peter III. gekrönt, übte er seine Herrschaft mithilfe einer Kamarilla aus, in der Verwandte aus seinem holsteinischen Herzogtum eine wichtige Rolle spielten. Seine außenpolitische Kehrtwende kam nicht überraschend. Lange vor dem Thronantritt hatte er für Friedrich II. geschwärmt und dem preußischen Botschafter am russischen Hof mehrfach versichert: „Sie haben einen großen König, ich werde es machen wie er...“ Jeden Sieg preussischer Waffen feierte er mit stürmischem Jubel.

Während Zarin Elisabeth Krieg gegen Preußen führte, trug er in aller Öffentlichkeit einen Ring mit dem Porträt seines vergötterten Vorbilds am Finger. Kaum auf dem Thron, hatte Peter III. nichts Eiligeres zu tun, als Ostpreußen zu räumen, vertragliche Abmachungen über eine Rückgabe Schlesiens an Österreich zu kündigen und mit dem Preußenkönig einen Separatfrieden zu schließen. Die russische Kehrtwende rettete Preußens Existenz als Großmacht. Noch die Nationalsozialisten haben aus dem „Mirakel des Hauses Brandenburg“, wie die Zeitgenossen den russisch-preussischen Separatfrieden nannten, 1944/45 Hoffnung für einen siegreichen Ausgang ihrer verbrecherischen Kriegspolitik geschöpft.

Für Peter III. endete die abenteuerliche Außenpolitik tragisch. Dass er, von persönlichen Neigungen geleitet, die Unabhängigkeit der russischen Politik aufgab und im Krieg teuer errungene Positionen Russlands ohne Not und ohne Gegenleistung opferte, verletzte den Stolz der politischen und militärischen Elite des Zarenreichs. Dazu kam, dass Peter III. unverhohlenen Interessenpolitik für sein eigenes Haus Gottorf betrieb. Aus rein dynastischen Interessen plante er den Einsatz der russischen Armee gegen Holstein-Gottorfs Gegner Dänemark. Auch das untergrub seine Legitimität. Sechs Monate nach seiner Thronbesteigung wurde Peter III. in einer Palastrevolte getötet. Mitwiserin des Mordes war seine

Frau und Nachfolgerin auf dem Thron, Katharina II.

Die Lektion dieser Geschichte erscheint eindeutig: Ein „mad king“ hatte die Unabhängigkeit der russischen Politik und den Stolz der Russen verkauft. Eine gewisse Unschärfe bleibt aber auch in dem historischen Fall: Der kausale Nexus zwischen der Außenpolitik Peters III. und seinem Sturz ist schwer zu belegen. Eindeutig ist nur, dass Katharina II. den Umsturz mit der preußenfreundlichen Politik ihres ermordeten Gatten rechtfertigen ließ.

Die Ähnlichkeit zwischen den Seitenwechseln von Peter III. und Trump ist punktuell, aber bedeutsam: In beiden Fällen ist die Kehrtwende mit einem Verzicht auf zuvor gültige außenpolitische Doktrinen verknüpft. Beide, der russische Zar und der amerikanische Präsident, sind ihrem neuen Partner offenbar emotional verbunden, sie übernehmen seine Sprache und seine Deutungen. Friedrich II. war ein Idol Peters III., Trump kann seine Sympathie für Putin nicht verbergen. Während er Selenskiy demütigt, umwirbt er Putin, zum Beispiel mit der Aussicht der Rückkehr in den Kreis der G7.

Mehr noch als im historischen Fall Peters III. gibt es bei Trump eine Ambivalenz der Deutungen. Es gibt Stimmen, die in seiner Annäherung an Russland durchaus einen Plan sehen wollen. Indem sich Trump auf die Seite Russlands beuge, versuche er einen Keil zwischen Moskau und Peking zu treiben, seinen eigentlichen Gegner. So wie US-Außenminister Henry Kissinger in den 1970er-Jahren eine Annäherung an China betrieben habe, um dieses von der Sowjetunion zu entzweien, verfolge Trump heute eine strategisch durchdachte Politik gegenüber Russland. Das ist nicht eindeutig zu widerlegen, doch ist die Wahrscheinlichkeit groß, dass es sich um eine Projektion handelt, die in dem Chaos, das Trumps Vorgehen nicht nur außenpolitisch kennzeichnet, eine langfristig angelegte geopolitische Strategie erkennen will.

Plausibler ist eine andere Rationalisierung von Trumps Politik: Der Druck auf die Ukraine hat den Zweck, die USA in eine Schiedsrichter-Rolle zwischen beiden Kriegsparteien zu bringen. So verstanden, geht es nicht um einen Seitenwechsel, sondern um einen Schachzug, der es der amerikanischen Politik ermöglicht, Druck auf Kiew auszuüben, um am Ende die Bedingungen eines Friedens festlegen zu können. Trumps prorussischer Bias bleibt in einer solchen Strategie bestehen: Die Ukraine wird gedemütigt, Russland unworben, um zu Verhandlungsergebnissen zu gelangen.

Welchen Plänen, wenn überhaupt, die Politik folgt, ist in Gegenwartsanalysen noch schwerer zu bestimmen als in der Geschichte. Aufschlussreicher ist die Frage nach den Wirkungen, die von der Sprache und den Handlungen der Politik ausgehen. Mit Trumps deklariertem Verzicht auf eine prinzipiengeleitete westliche Ordnungspolitik werden die USA zu einer partikularistischen Macht. In gewisser Hinsicht vollzieht sich in den USA das, was in Russland 1991 mit dem Zerfall der Sowjetunion geschah, die ebenfalls mit dem Sozialismus über eine universalistische Ordnungsidee verfügte. Nach der Zwischenzeit der 1990er-Jahre, in denen eine Weltordnung, gegründet auf denselben Prinzipien des Rechts, möglich schien, stehen sich jetzt mit den USA, Russland und China Staaten gegenüber, die Machtsphären, aber keine universale Geltung beanspruchen.

Die Ähnlichkeiten zwischen Putins und Trumps Politik liegen auf der Hand: der Neoliberalismus, die Neigung zur offensichtlichen Leugnung des Faktischen, die Verachtung für die liberale Demokratie, speziell für Minderheitenrechte, das Ressentiment gegen Europa. Diese Ähnlichkeiten zwischen Trump und Putin zu bemerken, ist nicht falsch und verzerrt doch die Verhältnisse. Der Neoliberalismus Trumps ist populistisch und nimmt Ziele ins Visier, die Trump meint, im Handumdrehen erreichen zu können. Ganz anders ist Putins Ansatz beschaffen: Seine Politik ist durch und durch imperialistisch geprägt, verfügt über eine historisch verwurzelte Strategie und wird von der politischen und militärischen Elite des Landes geteilt. Imperialismus ist in Russland ein langfristiges Projekt. Selbst, wo die Ähnlichkeiten am größten erscheinen, in der antiliberalen Einstellung, besteht ein Unterschied zwischen den Ressentiments des Maga-Lagers und der allumfassenden Kultur des Ressentiments, die in den russischen Staatsmedien unter Putin gepflegt wird.

Die neue Verbundenheit der Vereinigten Staaten und Russlands ist besorgniserregend, aber sie kann sich als Chimäre erweisen. Der Verzicht auf die Eigenständigkeit der Politik, die Übernahme der Ideale und der Sprache einer fremden Macht erhöht nicht die eigene Legitimität, sondern führt auf dünnes Eis. So viel ist aus der Geschichte Peters III. zu lernen.

Martin Schulze Wessel ist Professor für Geschichte Ost- und Südosteuropas an der Ludwig-Maximilians-Universität München.